

19/91

Bundeskanzler Helmut Kohl: *Alles in / 2 ✓*

## Jede vierte Mark für das gemeinsame Aufbauwerk

Es wird harte Arbeit, aber auch Opfer erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. — An diesen Satz in seiner Regierungserklärung zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erinnerte der Bundeskanzler in seiner Haushaltsrede am 6. Juni vor dem Deutschen Bundestag.

Daß diese Feststellung nicht nur richtig geblieben ist, sondern daß sie die Solidarität des Bundes gegenüber den neuen Bundesländern begründet, zeigt der Bundeshaushalt 1991: Jede vierte Mark auf der Ausgabenseite steht im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Aufbauwerk.

Helmut Kohl: Unsere Finanzpolitik erlaubt es uns, unsere Aufgaben im Inneren und nach außen zu erfüllen, und zwar ohne Überforderung der Kapitalmärkte. Ich bin dem Haushaltsausschuß ausdrücklich dankbar, daß er mit seinen Beschlüssen die Politik der Bundesregierung und vor allem auch des Bundesfinanzministers bestätigt hat.

*(Den vollen Wortlaut der Haushaltsrede des Bundeskanzlers finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe)*

### Bundshaushalt 1991

Auszüge aus den Reden zu den wichtigsten Einzelhaushalten des Bundshaushalts 1991 finden Sie auf den Seiten 2 bis 13.

**THEMA**

**DER NÄCHSTEN**

**AUSGABE:**

### Bundesausschuß in Weimar

mit den Reden des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und des Generalsekretärs Volker Rühle.

Als Dokumentation bringen wir den Wortlaut der Weimarer Erklärung „**IN FREIHEIT ZUR INNEREN EINHEIT**“.

Machen Sie mit:  
**Solidaritäts-Börse**  
(0228) 54 42 82

Norbert Blüm:

## Sozialhaushalt im Zeichen der Solidarität

**Der BMA-Haushalt ist ein Haushalt der Solidarität. Er hat ein Volumen von 88 Mrd. DM. Der Bund wendet 1991 insgesamt für die soziale Sicherung mehr als 135 Mrd. DM auf — das ist mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts. Konkret heißt das: Jede 3. Mark wird für das soziale Netz ausgegeben. Der Haushalt des BMA ist mit Abstand der größte Einzelplan des Bundeshaushalts. Gegenüber 1990 steigt er um knapp 7 Prozent.**

Ich will die Lage nicht schönfärben, aber der Motor läuft: Auf dem Weg zu einem Sozialstaat Deutschland sind wir bereits ein großes Stück weitergekommen.

- Seit der Wiedervereinigung sind in den neuen Bundesländern bereits mindestens 1 Million neue Arbeitsplätze entstanden.
- Bis Ende April sind 386.096 neue Betriebe gegründet worden.
- Das Ifo-Institut erwartet für dieses Jahr allein aus dem alten Bundesgebiet private Investitionen in Höhe von über 25 Mrd. DM in den neuen Bundesländern. Auch die arbeitsmarktpolitischen Instrumente greifen.
- Im April wurde ein Rekordergebnis bei Weiterbildungsmaßnahmen registriert: 73.000 Neu-Eintritte. Seit Oktober 1990 haben insgesamt 297.000 Arbeitnehmer Weiterbildungsmöglichkeiten genutzt.
- 85.000 Arbeitnehmer sind inzwischen in ABM beschäftigt — das sind bereits mehr als im alten Bundesgebiet!
- 20 Milliarden DM geben wir allein in den neuen Bundesländern für aktive

Arbeitsmarktpolitik aus und unterstützen damit den „Brückenbau“. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist erfolgreich. Und wir lassen in unseren Anstrengungen nicht nach, Arbeit für alle zu schaffen.

Deshalb verlängern wir unser Sonderprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit um weitere 2 Jahre bis 1994 und stocken es um insgesamt 890 Millionen DM auf.

1991 stehen für Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen mehr als 700 Millionen DM zur Verfügung. Wir stellen außerdem für Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und andere schwerstvermittelbare Arbeitslose mehr als 200 Millionen DM bereit.

Das Sonderprogramm hat bereits erheblich zum deutlichen Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen beigetragen. Bis Ende 1991 konnten mehr als 62.000 Förderanträge verzeichnet werden, von denen bereits 57.000 bewilligt wurden. Damit ist das eigentlich erst für Ende 1991 anvisierte Ziel von 60.000 bis 70.000 Förderungen schon bereits jetzt nahezu erreicht.

### Verantwortung für Rentner

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit. Und wir stehen zu unserer Verantwortung, den Rentnern in Ost und West einen sicheren Lebensabend zu gewährleisten.

Deshalb muß das Renten-Überleitungsgesetz pünktlich in Kraft treten. Jeder Tag, an dem das Renten-Überleitungsgesetz später in Kraft tritt, ist ein Verlust für die ältere Generation in den neuen Bundesländern.

Für die Bürger in den neuen Bundesländern bedeutet es erhebliche Verbesserungen. Zum Beispiel:

- Durch die Übertragung unseres hinterbliebenen-Rentenrechts werden in den

neuen Bundesländern rund 900.000 Witwenrenten verbessert und 150.000 erstmals gezahlt.

● Durch die Herabsetzung der Altersgrenzen auf die Höhe, die im Westen gilt, wird auf Anheb rund 200.000 Versicherten ein früherer Rentenbeginn ermöglicht — mit einer entsprechenden Entlastung für den Arbeitsmarkt.

● Durch die Übertragung unserer EU/BU-Regelungen wird sich die Zahl der Invalidentrenten im Beitrittsgebiet um etwa 50 Prozent erhöhen. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich den Vorwurf zurückweisen, das Rentenüberleitungs-gesetz sei frauenfeindlich. Allein, daß die Hälfte der Kosten, die das Gesetz verursacht, auf Verbesserungen bei den Witwenrenten entfallen, widerlegt diesen Vorwurf.

Hannelore Rönsch:

## **Wertschätzung für Familien und Senioren**

**Der Bundeshaushalt 1991 verdeutlicht in ganz besonderer Weise die Wege der Bundesregierung in Richtung auf die Angleichung der Lebensverhältnisse im wiedervereinten Deutschland.**

Mit der Politik für die Familien und die Senioren setzen wir wichtige Schwerpunkte.

Der Gesamthaushalt des Bundesministeriums für Familie und Senioren umfaßt den stolzen Gesamtetat von 28,3 Mrd. DM.

Wir weisen damit aus, daß die Familien in Gesamtdeutschland eine besondere Wertschätzung erfahren und in ihrer besonderen gesellschaftlichen Bedeutung

von der Bundesregierung geachtet und gefördert werden.

### **Kinder- und Erziehungsgeld**

Seit dem 1. Januar 1991 gelten die Leistungen des Kindergeld- und Erziehungsgeldgesetzes in den neuen Bundesländern. Selbstverständlich werden Kindergeld und Erziehungsgeld hier in voller Höhe ausgezahlt. Damit erhalten Mütter und Väter in den neuen Bundesländern erstmals die Möglichkeit, nach der Geburt des Kindes frei zu entscheiden, ob sie weiter erwerbstätig sein wollen oder ob sie sich für eine bestimmte Zeit vorrangig der Betreuung und Erziehung ihres Kindes widmen wollen. Die tatsächliche Wahlfreiheit wird auch dadurch gewährleistet, daß die Bundesregierung ihre Möglichkeiten genutzt hat, Einrichtungen der Tagesbetreuung für Kinder weitestgehend zu erhalten und den neuen Erfordernissen anzupassen.

Ebenso wichtig ist der Aufbau eines pluralen Netzes von freien Trägern in allen Bereichen der Familienarbeit. Ich halte es für notwendig, daß wir die Familienverbände in der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen finanziell stärker ausstatten, damit sie ihre Arbeit auch in den neuen Bundesländern aufbauen und den Familien eine Möglichkeit zur Vertretung ihrer Interessen anbieten können. Darüber hinaus brauchen wir Angebote der Familienbildung, Familienberatung, Freizeitangebote für Familien und eine Förderung von Familienselbsthilfe in unterschiedlichen Bereichen.

### **Verantwortungsvolle Sexualerziehung**

Der Bund hat unmittelbar nach dem 3. 10. 1990 mit dem Aufbau von Beratungsstellen im Sinne des Artikels 31 Abs. 4 des Einigungsvertrages in den neuen Bundesländern begonnen.

Wer Schwangerschaftsabbrüche vermeiden will, muß dazu beitragen, daß ungewollte und ungeplante Schwangerschaften erst gar nicht entstehen. Das kann insbesondere durch eine verantwortungsvolle Sexualerziehung und durch umfassende Aufklärung über Möglichkeiten der Familienplanung unterstützt werden. Wir werden unsere Informationsschriften in diesen Bereichen verstärkt zur Verfügung stellen und auch die Arbeit freier Träger in diesem Bereich mit einer besonderen Schwerpunktsetzung fördern. Eine Aufklärungsbroschüre, die sich an Jugendliche wendet, wird in Kürze in hoher Auflage zur Verfügung stehen.

## Altenpolitik

Für die Altenpolitik des Bundes in den kommenden Jahren zeichnen sich drei Schwerpunktbereiche ab:

Es geht einmal um Fragen der gesellschaftlichen Beteiligung unserer älteren Mitbürger. Alter und Behinderung dürfen keine Schranke für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bilden.

Ein zweiter Problembereich, der dringend Lösungen erfordert, ist die Sicherung des wachsenden Bedarfs an Hilfe und Pflege im Alter. Ich werde den Kollegen Blüm nachdrücklich dabei unterstützen, eine Absicherung des Kostenrisikos im Pflegefall im Rahmen der Sozialversicherung durchzusetzen.

Ein weiteres dringend zu lösendes Problem ist die Behebung des Mangels an qualifiziertem Altenpflegepersonal im ambulanten und stationären Bereich.

Wir brauchen daher ein bundeseinheitliches Altenpflegegesetz, das den Berufen in der Altenpflege ein bundesweites Profil gibt, einen Anspruch auf Ausbildungvergütung einräumt, die Umschulungsmöglichkeiten erweitert und die Berufsbezeichnung schützt.

## Angela Merkel:

# Fortschritte für Frauen und junge Menschen

**Frauen- und Jugendpolitik haben ebenso wie andere Felder der Politik jetzt die vordringliche Aufgabe, das ihre zum Prozeß des Zusammenwachsens unseres Landes zu tun.**

Daß wir Fortschritte für die Frauen und für die jungen Menschen in Deutschland erzielen, halte ich für besonders wichtig. Denn anders als in anderen Bereichen, stehen hierbei nicht so sehr die materiellen, sondern vielmehr die psychologischen Schwierigkeiten im Vordergrund. Junge Leute und Frauen sind von dem grundlegenden Wandel der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern am stärksten betroffen. Sie brauchen — und das ist meine dringende Bitte — die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Voraussetzung dafür ist, daß die jungen Leute und auch die Frauen sich zu eigenen Interessenvertretungen zusammenfinden, um ihre Anliegen besser durchsetzen zu können. Wir haben deshalb die Mittel für den Bundesjugendplan um fast 48 Millionen DM erhöht. Diese zusätzlichen Mittel stehen so gut wie vollständig für den Aufbau der Jugendhilfe und Jugendarbeit in den neuen Ländern zur Verfügung.

## Aufbau von Frauenverbandsstrukturen

Im Bereich der Frauenpolitik bin ich dankbar, daß der Haushaltsausschuß 5 Mio. DM zusätzlich bewilligt hat, um den Aufbau von Frauenverbandsstruktu-

ren und die Anschubfinanzierung von Frauenhausprojekten in den neuen Ländern zu fördern.

Gerade Frauen brauchen in dieser Zeit des Umbruchs, die für die meisten von ihnen eine grundlegende Veränderung ihrer Lebensumstände bedeutet, eine Lobby, die ihren Anliegen Gehör verschafft. Deshalb ist der Aufbau von funktionierenden Frauenverbandsstrukturen ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen.

Mit der Wende zu einer offenen Gesellschaft wurde auch die schon immer vorhandene Gewalt gegen Frauen bekannt. Es bildeten sich Fraueninitiativen mit dem Ziel, bedrohten und mißhandelten Frauen und ihren Kindern Schutzmöglichkeiten anzubieten.

Seitdem hat die Zahl von Initiativen zur Gründung von Frauenhäusern ständig zugenommen. Sie sind — ebenso wie die bereits bestehenden Frauenhäuser — dringend auf eine Anschubfinanzierung angewiesen. Ich bin deshalb froh, daß der Haushaltsausschuß für eine solche Starthilfe 1,2 Mio. DM zugesagt hat.

Darüber hinaus freue ich mich, daß die Frauenhäuser Personalkosten zu einem wichtigen Teil aus ABM-Mitteln decken können. Dennoch bleibt viel zu tun, um die finanzielle Basis dieser dringend benötigten Zufluchtsstätten langfristig zu sichern.

### Sommer der Begegnung

Ein weiteres Beispiel, das ich hier nennen möchte, weil es in ganz besonderer Weise dazu beiträgt, daß die Deutschen sich besser kennenlernen und Verständnis füreinander gewinnen, ist der vom BMFJ initiierte „Sommer der Begegnung“.

Mit einer Summe von 20 Mio. DM unterstützen wir rund 1.000 Veranstaltungen, an denen etwa 85.000 Kinder und

Jugendliche aus den neuen und alten Bundesländern teilnehmen.

Ein Schwerpunkt dieses Aktionsprogramms sind Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus stark umweltbelasteten Gebieten. Auch Veranstaltungen und Maßnahmen zugunsten Kinder arbeitsloser Eltern und arbeitsloser Jugendlicher bilden einen herausragenden Aspekt dieses „Sommers der Begegnung“.

### Gerda Hasselfeldt:

## Angleichung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens

**Eine der heute vordringlichsten Aufgaben ist die Angleichung des Gesundheitswesens in den neuen Ländern an das hohe Versorgungsniveau im Westen. Ein Großteil der Krankenhäuser muß grundlegend saniert, zum Teil neu gebaut und in weiten Bereichen modernisiert werden.**

Für die ersten Sanierungsaufgaben stellt u. a. das Gemeindegeldprogramm der Bundesregierung 15 Milliarden Mark zur Verfügung.

Dazu kommen weitere 5 Milliarden Mark unmittelbare Investitionshilfen für die Kommunen aus dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“.

Es liegt nun an den Kommunalpolitikern, diese Mittel auch entsprechend einzusetzen. Ich habe mich in den vergangenen Wochen persönlich in verschiedenen Landkreisen und Städten darüber informiert.

Vorgesehen sind diese Gelder für Investitionen, insbesondere für Schulen, Altenheime und Krankenhäuser.

Und in manchen Regionen sind damit auch sinnvolle und wichtige Sanierungen im Krankenhauswesen eingeleitet worden. Doch im Durchschnitt fließen nur etwa 25 Prozent in diese Einrichtungen. Der Rest landet im Straßenbau, auf einem Festgeldkonto oder woanders.

Dabei bestreite ich nicht, daß auch andere Investitionen erforderlich sind. Allerdings sollten nun gerade diese 5 Milliarden Mark, die wir gezielt zur Investitionsförderung der wichtigsten sozialen Einrichtungen zur Verfügung gestellt haben, nicht leichtfertig zweckentfremdet werden.

Jetzt müssen die Entscheidungsträger vor Ort, die Landes- und Kommunalpolitiker dafür sorgen, daß das Geld auch dorthin kommt, wo es die Menschen wirklich brauchen. Im übrigen müssen die Investitionen einhergehen mit einer am tatsächlichen Bedarf ausgerichteten Krankenhausplanung der Länder.

Dies alles wird ergänzt durch umfangreiche Qualifizierungs- und Beratungsprogramme sowie durch Modellprojekte für das gesamte Gesundheitswesen der neuen Länder. Hinzu kommen allein 10 Millionen DM, die wir zur Sicherung der ärztlichen Weiterbildung in den Polikliniken bereitstellen.

## Weiterentwicklung des Gesundheitswesens

Neben den Aufgaben in den neuen Ländern werden wir uns natürlich für die Weiterentwicklung unseres gesamten Gesundheitswesens einsetzen.

Die Kenntnisse und Erkenntnisse über Gesundheitsförderung und Gesundheitsgefahren sind ebenso gestiegen wie die Bereitschaft, gesund zu leben. Deshalb spielt die Vorsorge eine immer größere Rolle. Dies kommt z. B. auch im Gesundheits-Reformgesetz zum Ausdruck, in das

nicht nur zusätzliche Leistungen der Prävention aufgenommen wurden, sondern in dem den Krankenkassen ausdrücklich auch eine besondere Verantwortung dafür aufgetragen wurde. Wir müssen alles tun, damit diese Angebote und Möglichkeiten in vollem Umfang wahrgenommen werden.

## Beitragssatzstabilität

Diesen speziellen Herausforderungen können wir uns gezielt widmen, weil unser Gesundheitswesen einen anerkannt hohen Standard hat.

Und auf diesem hohen Niveau ist es für alle zugänglich. Jedem muß aber auch klar sein, daß die gute Gesundheitsversorgung nur erhalten werden kann, wenn sie insgesamt finanzierbar bleibt, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit ihren Beiträgen nicht überfordert werden.

Dabei bedeutet Beitragssatzstabilität keineswegs Stagnation. Und sie bedeutet auch nicht Verzicht auf medizinischen Fortschritt.

## Conrad Schroeder:

# Beachtliches Finanzvolumen für Wohnungsbau

Der Finanzrahmen des Haushaltsplans zum Einzelplan 25 weist eine beachtliche Steigerung gegenüber dem Jahr 1990 von fast 29 Prozent aus und beträgt jetzt immerhin in den Ausgaben rund 8,2 Mrd. DM. Damit steht ein beachtliches Finanzvolumen zur Verfügung, um die wichtigen wohnungsbaupolitischen Aktivitäten in den alten und den neuen Bundesländern finanziell abzusichern.

Die Regierungskoalition hat bereits 1989 ein breites wohnungsbaupolitisches Paket für die alten Bundesländer verabschiedet mit dem Ziel, von 1990 bis 1992 1 Million neue Wohnungen zu bauen. Die kontinuierliche Fortsetzung der wohnungspolitischen Vorhaben erfordert ein Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere bei der Mobilisierung von Bauland.

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt nachdrücklich, daß durch den Truppenabbau freiwerdende Grundstücke und Gebäude vorrangig für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden. Nach der abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den neuen Ländern stellt der Bund allein den neuen Ländern rund 1,35 Mrd. DM an Finanzhilfen für den Wohnungsbau zur Verfügung.

Anders als in den alten Bundesländern können die Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau auch für Maßnahmen der Modernisierung und der Instandsetzung eingesetzt werden.

### **Für die Stadterneuerung in den neuen Ländern: 1,5 Mrd.**

Außer den Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau stellt der Bund auch im Jahre 1991 beträchtliche Mittel in den alten und den neuen Bundesländern für Maßnahmen der Stadterneuerung zur Verfügung. In den neuen Bundesländern allein stehen in diesem Jahr und im Jahre 1992 Finanzhilfen in Höhe von je 630 Millionen DM für Investitionen in den Städten und Gemeinden zur Verfügung.

Zusammen mit den Komplementärmitteln von Ländern und Gemeinden beträgt das Finanzvolumen in den neuen Bundesländern für die Stadterneuerung damit über 1,5 Mrd. DM pro Jahr.

## Günther Krause:

### **Ausbau eines umweltgerechten Verkehrssystems**

**In der Verkehrspolitik stehen wir in den neuen wie in den alten Bundesländern vor großen Herausforderungen. Spätestens mit dem europäischen Binnenmarkt wird Deutschland Verkehrs-drehscheibe erster Ordnung in Europa sein.**

Dem trägt der Etat Rechnung. Mit einem Gesamtvolumen von über 35 Mrd. DM hat die Bundesregierung den Verkehrshaushalt im ersten gesamtdeutschen Haushaltsplan um mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesteigert.

Für die neuen Länder hat die Bundesregierung vor allem die Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich auf über 8 Mrd. DM erhöht. Wichtigste Maxime bei allen Investitionen ist der Ausbau eines umweltgerechten Verkehrssystems.

Die Bundesregierung will die Verlagerung des Gütertransports, aber auch des Personenverkehrs von der Straße auf die Bahn. Staatlichen Dirigismus und eine Politik des Kahlschlags bei der Straße lehnen wir jedoch entschieden ab. Denn Straße wie Schiene haben jeweils ihre Vorteile und ergänzen einander. Auch die neuen Bundesländer brauchen daher ein Straßennetz, das westeuropäischem Standard entspricht.

Die Besorgnis, daß mit den besonderen Planungsverfahren für die neuen Bundesländer die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung zu kurz kommen, ist unbegründet: Denn eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird weiterhin stattfinden.

Klaus Töpfer:

## Umweltpolitik vor gewaltigen Herausforderungen

**Die 12. Legislaturperiode stellt die Umweltpolitik vor gewaltige Herausforderungen:**

- beim ökologischen Aufbau in den neuen Bundesländern und bei der Unterstützung der Staaten Mittel- und Osteuropas,
- beim europäischen Einigungsprozeß, der mit dem Binnenmarkt 1992 nicht abgeschlossen sein wird,
- bei der Bewältigung der globalen Umweltprobleme.

Vor uns liegt also viel Arbeit, die wir mit Nachdruck angehen. Hierzu brauchen wir ein schlagkräftiges Umweltministerium. Deshalb ist es richtig, daß in meinem Haus die Verstärkung der Etatmittel im Personalbereich liegt.

Angesichts der Situation in den neuen Ländern ist es wichtig, Umweltschutzmaßnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbinden. Ich habe im Februar das Aktionsprogramm „Ökologischer Aufbau“ vorgelegt.

Kurzfristig geht es in diesem Programm um die direkte Förderung von Umweltschutzmaßnahmen zur Gefahrenabwehr. Darüber hinaus sieht das Programm den Aufbau einer umfassenden Sanierungsinfrastruktur vor.

### Ökologischer Aufbau

Wir werden mit umweltpolitischen Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der größten ökologischen Investitionshemmnisse und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Wirtschaftliche

Leistungsfähigkeit und damit Überlebensfähigkeit vor allem der Altindustrien und Regionen läßt sich nur erreichen, wenn die ökologische Sanierung so beschleunigt wird, daß die Menschen Vertrauen in die zügige Verwirklichung einer hohen Umweltqualität gewinnen. Neben der gezielt betriebenen Sanierung ist der Aufbau einer leistungsfähigen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur elementar wichtig für einen wirtschaftlichen Neubeginn.

Zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen in den neuen Ländern sind erhebliche Mittel bereitgestellt worden.

● Noch im vergangenen Jahr habe ich alle verfügbaren Mittel in Höhe von 500 Mio. DM bis auf die letzte Mark für Sofortmaßnahmen bei über 600 Projekten in den neuen Ländern ausgegeben.

Dadurch konnten unmittelbare Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung insbesondere bei der Trinkwasserversorgung abgewehrt werden.

● Im Haushalt 1991 meines Hauses sind insgesamt 250 Mio. DM für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen veranschlagt.

● Zusätzlich stehen im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost 800 Mio. DM für Sofortmaßnahmen zur Verfügung, davon 400 Mio. DM in diesem Jahr. Ich bin dankbar dafür, daß der Haushaltsausschuß die von den Berichtserstattern vorgeschlagene Umschichtung weiterer 12 Mio. DM zugunsten von Umweltschutzsfortmaßnahmen gebilligt hat.

● Neben den direkten Fördermaßnahmen sind auch zusätzlich alle anderen verfügbaren Programme der Bundesregierung verstärkt zu nutzen, um in den Kommunen die erforderlichen Umweltinfrastrukturen aufzubauen. Insgesamt geht es hier um die Mobilisierung eines Förder-



und Kreditvolumens von bis zu 17 Milliarden DM allein in diesem Jahr.

Für besonders wichtig halte ich es, daß neben dem Engagement des Staates auch privates Kapital für den ökologischen Aufbau mobilisiert wird.

## **Neue Produktverantwortung**

„Vom Abfall her denken“ — heißt die Philosophie, die hinter der Gesamtkonzeption Abfallpolitik steht. Künftig müssen Produktion, Verteilung, Nutzung, Verbrauch und Entsorgung ein geschlossenes System unter den Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit und der Einsparung knapper Ressourcen bilden. Das schließt ein, daß schon bei der Herstellung eines Produktes die nach Gebrauch anstehende Verwertung berücksichtigt werden muß.

Um den Gedanken der „neuen Produktverantwortung“ zusätzlich zu fördern, beabsichtige ich, ein Abgabensystem in allen Abfallbereichen einzuführen. Die Abfallabgabe wird einen weiteren marktwirtschaftlichen Anreiz zu umweltfreundlichem Handeln schaffen.

Michael von Schmude:

## **Beachtlicher Zuwachs für Justizhaushalt**

**1991 ist, bedingt durch die deutsche Einheit, ein beachtlicher Ausgabenzuwachs des Justizhaushaltes von 41,8 Prozent auf 692,6 Mio. DM erforderlich geworden. Der Planstellenanstieg von 4.586 auf 5.117 zeigt, daß vor allem die personellen Kapazitäten für den Aufbau des Rechtsstaates in den neuen Bundesländern ausgeweitet wurden.**

Mit einem Sofortprogramm von 117,7 Mio. DM ermöglicht die Bundesregie-

rung noch in diesem Jahr die Entsendung von insgesamt 2.300 Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern in den Osten Deutschlands. Jetzt sind vor allem die alten Bundesländer gefordert, qualifizierte Kräfte für dieses dreijährige Unterstützungsprogramm bereitzustellen.

Die Zeit drängt. Die Situation der Gerichtsbarkeit ist verheerend. Die alten Bundesländer haben bei der Lösung dieser Probleme zu helfen versucht, allerdings mit stark unterschiedlichem Engagement. So hat z.B. das vom neuen SPD-Bundesvorsitzenden regierte Schleswig-Holstein in 1990, eher halbherzig als hilfsbereit, die lächerliche Größenordnung von 4 Richtern als Hilfe für Mecklenburg für ausreichend erachtet.

Die Notwendigkeit einer massiven Unterstützung wird beim Zahlenvergleich deutlich. In Nordrhein-Westfalen mit ca. 17 Mio. Einwohnern gibt es rund 5.000 Richter, 1.200 Staatsanwälte und 3.000 Rechtspfleger. Bei etwa gleicher Bevölkerungszahl sind in den neuen Bundesländern nur ca. 1.000 Richter und 900 Staatsanwälte vorhanden. Deren Überprüfung ist aber noch nicht abgeschlossen, so daß mit erheblichen Ausfällen zu rechnen ist. Rechtspfleger in unserem Sinne gab es in der früheren DDR nicht.

## **Arbeitsgerichtsbarkeit**

Dramatisch ist die Situation bei der Arbeitsgerichtsbarkeit. Hier wird ein rasanter Anstieg der Verfahren registriert, so daß zur Zeit mehr als 10.000 unerledigte Fälle anstehen.

Bei den Rehabilitierungsverfahren gibt es inzwischen mehr als 20.000 unerledigte Vorgänge. Hier unterliegen wir einer besonderen Verantwortung und Pflicht gegenüber den Opfern der Willkür des DDR-Unrechtsstaates und des Stalinismus in der früheren sowjetischen Besatzungszone. Alle Betroffenen haben einen

rechtlichen, moralischen und politischen Anspruch darauf, daß ihre Unrechtsurteile schnellstmöglich aufgehoben werden.

Ihr persönliches Schicksal verdient unsere Solidarität und Hilfe auch bei einer Wiedergutmachung, soweit dies materiell möglich ist. Für diesen Personenkreis ist es besonders unerträglich und unzumutbar, daß ein Großteil der Verantwortlichen für die Unrechtsstaaten wieder, von der Justiz unbehelligt, neuen, oft sogar sehr einträglichen, beruflichen Betätigungen nachgeht. Über die Weiterbeschäftigung und Eignung früherer Richter und Staatsanwälte der ehemaligen DDR muß umgehend entschieden werden. An deren rechtsstaatlichem Denken und Handeln darf es in Zukunft keinerlei Zweifel geben.

Johannes Gerster:

## **Bekämpfung der organisierten Kriminalität**

**Ein wichtiger Teil der Aufarbeitung der 40jährigen Teilung besteht darin, daß wir die notwendigen Voraussetzungen zur Aufarbeitung der SED- und Stasi-Vergangenheit schaffen. Dazu gehört, daß wir mit dem Haushalt 1991 die Behörde des Sonderbeauftragten für Stasi-Unterlagen auf Dauer voll arbeitsfähig machen.**

Gleichzeitig sind wir dabei, die notwendigen Rechtsgrundlagen zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit zu verabschieden. Ein Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes wurde eingebracht. Damit werden die SED-Unterlagen sowie die Unterlagen der Massenorganisationen in der ehemaligen DDR in die staatli-

che Verwaltung des Bundesarchivs überführt.

Außerdem ist es nach interfraktionellen Beratungen unserer Fraktion mit Vertretern von SPD und FDP gelungen, einen gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu erarbeiten.

Auch im Bereich der inneren Sicherheit darf es in Deutschland keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben. Dies gilt genauso im Bereich der Gewährleistung von Sicherheit im Umfeld von Fußballstadien wie im Bereich der Bekämpfung international organisierter Verbrecherbanden.

Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere die Drogenkriminalität, wird nur gelingen, wenn bundesweit Klarheit über Aufgaben und Selbstverständnis der Polizei und der anderen Sicherheitsbehörden besteht. Dazu gehört allerdings, daß die Gemeinsamkeit über die Parteigrenzen hinweg nicht immer nur dann beschworen wird, wenn das lähmende Entsetzen über einen brutalen Terroranschlag politischer Gewalttäter noch frisch im Bewußtsein ist.

Mit Hilfe von verdeckten Ermittlern müssen wir z. B. in das Umfeld des extremistischen Terrorismus eindringen können.

Noch ein Wort zur Rauschgiftkriminalität. Diese Verbrechensform hat wegen der damit verbundenen Bedrohung für Staat und Gesellschaft inzwischen höchste Priorität bekommen. Neben der Einführung einer Vermögensstrafe für Rauschgift Händler werden wir Rechtsvorschriften zur wirksamen Abschöpfung und zur Bestrafung des „Waschens“ von Verbrechensgewinnen schaffen. Der Innenausschuß hat frühzeitig die Bundesregierung aufgefordert, die bestehende Zivilschutzkonzeption zu überprüfen. Dies ist im Zusammenwirken von Bund und Ländern geschehen.

Bartholomäus Kalb:

## Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums

**Zur klassischen Aufgabe der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel tritt immer mehr die Aufgabe der Erhaltung einer intakten Natur und Kulturlandschaft und der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes insgesamt, damit dieser seine Aufgabe als Erholungs- und Regenerationsraum für alle Schichten und Gruppen unserer Bevölkerung erfüllen kann.**

Die Landwirtschaft erbringt Leistungen für jeden Mitbürger, die sonst niemand erbringen und die er sich nicht im Ausland kaufen kann. Hinzu kommt — nicht zuletzt aus umweltpolitischen Gründen: der Landwirtschaft müssen die Aufgaben der Versorgung der Bevölkerung mit nachwachsenden Rohstoffen und Energien, wie es Jahrtausende Aufgabe der Landwirtschaft war, zumindest teilweise zurückübertragen werden. Die Koalitionsvereinbarungen enthalten hierzu klare Aussagen.

### Ausgleichszahlungen

Wir müssen sehr viel mehr die sogenannten Wohlfahrtsleistungen — wie sie der Bauernverband nennt — deutlicher herausstellen, bewerten und honorieren. Ich bin sehr dafür, in der nationalen und insbesondere in der europäischen Agrarpolitik im Rahmen einer durchgreifenden Reform von den mengenbezogenen auf flächenbezogene Leistungen umzustellen. Dem müssen dann aber Einsparungen bei den Marktordnungskosten gegenüberste-

hen. Natürlich weiß ich, daß es — um Brüche zu vermeiden — notwendig ist, diese Umstellung in Stufen und mit Übergangsregelungen zu machen.

Wir sollten zu einem bundesweit flächendeckenden Ausgleichszahlungssystem kommen, um landeskulturelle Leistungen abzugelten.

Mir macht die Vielfalt der Programme für die Landwirtschaft von EG, Bund, Ländern und z. T. Kommunen und die sich daraus ergebende Unübersichtlichkeit, Kompliziertheit und Verbürokratisierung große Sorgen. Unsere bäuerliche Landwirtschaft darf nicht zur Antrags- und Verwaltungslandwirtschaft verkommen. Deshalb müssen wir in Abstimmung zwischen Bund und Ländern und mit Zustimmung der EG die Vielzahl der bisherigen Programme zusammenfassen und ein umfassendes und vor allem einfacheres Förderinstrument entwickeln. Auch aus diesem Grunde habe ich Ausgleichszahlungen — oder wie man sie künftig auch immer nennen wird — vorgeschlagen.

Auch hinsichtlich des Subventionsabbaues ist die besondere Aufgabenstellung der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Es kommt darauf an, wofür Leistungen gewährt werden!

### Aufrechterhaltung eines wirksamen Außenschutzes

Das gilt auch für den häufig kritisierten großen Posten der Agrarsozialausgaben. Bei genauerem Hinsehen wird man feststellen, daß im agrarsozialen Bereich der sogenannte Generationenvertrag nicht bzw. nicht mehr funktioniert, weil zwar die Leistungsempfänger im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung verbleiben, die nachwachsende Generation aber aufgrund des Strukturwandels ihre Beiträge in die Kassen anderer Sozialversicherungsträger bezahlt.

Auf europäischer Ebene wird unverzüglich zu entscheiden sein, welche Prioritäten bei den noch anstehenden Verhandlungen im GATT gesetzt werden sollen. Aus deutscher Sicht kann kein gesteigertes Interesse daran bestehen, daß der Kampf um Drittlandsmärkte, wie bisher, mit ungeheueren Exportsubventionen geführt wird. Das kostet ungeheuer viel Geld, bringt verhältnismäßig wenig und belastet unnötigerweise die übrigen Handelsbeziehungen. Ganz abgesehen davon, daß es entwicklungspolitisch unvertretbar ist, drücken wir damit selbst die Weltmarktpreise, was wiederum höhere Exporterstattungen erforderlich macht.

Andererseits können Agrarmärkte nicht beliebig mit den Weltmärkten für andere, insbesondere Industrieprodukte, verglichen werden. Weder Erzeuger noch Verbraucher können und dürfen schutzlos den Wirrnissen des Weltmarktes ausgeliefert werden. Deshalb muß der Aufrechterhaltung eines wirksamen Außenschutzes an den Grenzen der europäischen Gemeinschaft höchste Priorität eingeräumt werden.

Hans-Werner Müller:

## Sinkende Verteidigungsausgaben

**Der Verteidigungshaushalt ist in der politischen Diskussion der letzten 1½ Jahre zum Steinbruch der Nation erklärt worden. Was hat nicht alles mit der sog. „Friedensdividende“ finanziert werden sollen.**

Mit 52,5 Mrd. DM ist dieser Haushalt auf ein vernünftiges Maß zurückgeschnitten worden. Hätten wir die dramatischen, so erfreulichen Änderungen im Ost-West-Verhältnis nicht, hätten wir die Wieder-

vereinigung nicht, so würden einer zuverlässigen Rechnung zufolge die Addition der Verteidigungshaushalte der Alt-Bundesrepublik und der DDR rd. 30 Mrd. DM mehr ausmachen. So schließt der Verteidigungshaushalt 1990, Teil West und Ost mit einem Ist von 62,2 Mrd. DM.

## Eingliederung der NVA

Der 91er Haushalt mit seinen 52,5 Mrd. DM beinhaltet Kosten der Eingliederung der ehemaligen NVA in die Bundeswehr mit 4,3 Mrd. DM sowie eine globale Minderausgabe von 1 Mrd. DM. Dies ist nur zu erreichen, indem ein erster Einstieg in die personelle Reduzierung geschieht — und dies in einer beachtlichen Größenordnung. Sowohl im militärischen wie im zivilen Teil.

Damit beträgt der Anteil der Verteidigungsausgaben an den gesamten Bundesausgaben rd. 13,5 Prozent. Dies ist der niedrigste Anteil seit 1956.

Auch muß hier ein kurzes Wort gesagt werden zur Finanzplanung und zur Ausgabenstruktur. Für 1992 sieht diese Planung für den Haushalt eine Steigerung von 0,8 Prozent vor, für 1993 eine Steigerung von 2,2 Prozent und für 1994 eine Steigerung in gleicher Größenordnung. Im Verteidigungshaushalt ist allerdings ein Sinken vorgesehen. 1992 ein Prozentsatz von 2,9 Prozent, 1993 ebenfalls 2,9 Prozent und 1994 3,0 Prozent. Diese Zahlen sprechen für sich.

Auch bei der Ausgabenstruktur erleben wir eine deutliche Änderung. Die Betriebsausgaben steigen auf 71,9 Prozent gegenüber 66,4 Prozent im Vorjahr. Der investive Anteil vermindert sich entsprechend um 5 Prozent von 33,6 Prozent auf 28,1 Prozent. Dieses Absinken — und dies ist hier kritisch anzusprechen — kann negative Folgen für die Bundeswehr und ihre Vertrags- und Bündnispartner haben.

In diesem Haushaltsplan haben wir als Union eine erhebliche Verbesserung der Regierungsvorlage im Personalbereich vorgenommen.

## Verbesserungen im Personalbereich

Es wird eine wesentliche Verbesserung der beruflichen Situation einer breiten Schicht von Soldaten und Zivilbeschäftigten geben. Es handelt sich im einzelnen um

- die Angleichung der Bezüge der Grundwehrdienstleistenden im Osten und Westen Deutschlands. Dies ist als Auftrag an die Regierung formuliert, hier kurzfristig Gesetz- bzw. Verordnungsentwürfe vorzulegen. Wir wollen einheitliche Tagessätze, ein einheitliches Weihnachtsgeld, ein einheitliches Entlassgeld und die Verdoppelung des Verpflegungsgeldes.

- Die soziale Situation älterer Berufunteroffiziere wird im Jahr 1991 schnell und spürbar verbessert, indem wir in diesem Haushalt 91 und im 92iger Haushalt rd. 2.800 Hebungen beschließen. Ein besonderes Ärgernis ist damit zu beseitigen. Es gibt dann ab nächstes Jahr keine Unteroffiziere mit Portepée im Stau mehr. Die Attraktivität des Dienstes der Unteroffiziere steigt.

- Über 900 Hebungen bringen wir in 1991 und 1992 für den mittleren und gehobenen Dienst in der Bundeswehrverwaltung auf. Die unausgewogene Altersstruktur der Bundeswehrverwaltung führt zu geringeren Pensionierungsraten und damit zu geringeren Beförderungschancen. Diese Probleme können wir damit als gelöst ansehen.

Es ist auch anzusprechen die Bauerhaltung und Modernisierung von Truppenunterkünften. Dafür sind 2,16 Mrd. DM vorgesehen. 300 Millionen davon in die neuen Länder. — Soweit ein Streifzug durch das Zahlenwerk!

Jochen Borchert:

## Schrittweise Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse

**Dieser Haushalt ist durch folgende Kernaussagen geprägt:**

- Der Bundeshaushalt 1991 ist gekennzeichnet von außerordentlichen Anstrengungen zur Überwindung der schrecklichen Hinterlassenschaften von über 40jähriger sozialistischer Mißwirtschaft.
- Mit dem Bundeshaushalt 1991 wird das richtige Signal gesetzt für die wichtigste innenpolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode, nämlich die schrittweise Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.
- Von dem Gesamtvolumen des Haushalts, das sich nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß auf rund 410 Mrd. DM beläuft, sind mehr als 90 Mrd. DM einigungsbedingte Ausgaben. Sowohl auf der Ausgabe- als auch auf der Einnahmeseite schlägt sich das breite Bündel von Maßnahmen zur schnellen Modernisierung und Sanierung in den neuen Bundesländern nieder.
- Die in den Eckwertebeschlüssen vom November 1990 als Obergrenze festgelegte Nettokreditaufnahme von 70 Mrd. DM konnte im Rahmen der Haushaltsberatungen mit 66,4 Mrd. DM sogar unterschritten werden. Bei einer Nettokreditaufnahme von 66,4 Mrd. DM und Investitionen von 65 Mrd. DM konnte damit in dem Ausnahmejahr 1991 die Grenze des Artikel 115 GG fast eingehalten werden.
- Wir bekräftigen unsere Auffassung, daß diese hohe Kreditfinanzierung 1991 nur vorübergehender Natur sein darf. ■

Seit 1. April 1991:

## Kindergeldzahlung in den neuen Ländern durch die Arbeitsämter

**Die Kindergeldstellen der Arbeitsämter in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins zahlten im April erstmals das Kindergeld für alle Berechtigten aus, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören. Insgesamt gingen im April an rund 1,5 Millionen Berechtigte 325 Millionen Mark, darunter waren 70 Millionen Mark Kindergeldzuschlag. Dies gab kürzlich die Bundesanstalt für Arbeit bekannt.**

Bei den Kindergeldkassen waren bis 20. April insgesamt 1,6 Millionen Anträge auf Kindergeld und 740 000 Anträge auf Kindergeldzuschlag gestellt worden. Für 400 000 Berechtigte waren die Arbeitsämter schon von Januar 1991 an zuständig. 1,1 Millionen Berechtigte, die bei einem privaten Arbeitgeber beschäftigt waren, haben das Kindergeld bis einschließlich März 1991 noch von ihrem Arbeitgeber erhalten.

Bis auf 71 000 Fälle, in denen noch Rückfragen laufen oder Nachweise fehlen, sind die Anträge abschließend bearbeitet worden. In 35 000 Fällen lagen die Anspruchsvoraussetzungen nicht vor, so

daß die Anträge zurückgenommen wurden oder abgelehnt werden mußten. Mehr als 100 000 Anträge von Berechtigten, denen die Antragsunterlagen schon im Oktober oder November des letzten Jahres zugesandt worden waren, sind noch immer nicht eingereicht worden.

Für die Kindergeldansprüche waren 2,3 Millionen Kinder zu berücksichtigen. 750 000 Berechtigte haben nur ein Kind, für das Kindergeld zu zahlen ist. 570 000 Berechtigte haben zwei Kinder und 180 000 mehr als zwei Kinder. Insofern unterscheiden sich die Verhältnisse nur wenig von denen im alten Bundesgebiet. Erhebliche Unterschiede gibt es jedoch hinsichtlich der Einkommensabhängigkeit der Leistungen.

In den neuen Bundesländern erhält jeder zweite Kindergeldbezieher auch den Zuschlag zum Kindergeld, im alten Bundesgebiet nur jeder Zwölfte. Bei den Berechtigten mit zwei und mehr Kindern ist das Kindergeld wegen höheren Einkommens in den neuen Ländern nur in jedem zwölften Fall zu mindern, im alten Bundesgebiet fast bei jedem dritten.

## Fachtagung zur Frauenpolitik in Berlin

Mit der Situation der Frauen insbesondere in den neuen Ländern befaßt sich die Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Frauenpolitik im Umbruch“ am **Donnerstag und Freitag, dem 27. und 28. Juni 1991, im Kron-**

**prinzenpalais (Unter den Linden 3) in Berlin.**

Eröffnet wird die Tagung am Donnerstag, 10 Uhr, vom Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dorothee Wilms.

**Theo Waigel:**

## **Zu strikter Ausgabendisziplin auch in den kommenden Jahren verpflichtet**

**Der Bundeshaushalt 1991, über den wir in dieser Woche abschließend beraten, ist die überzeugende Antwort auf die Herausforderungen aus der Deutschen Einheit und auf unsere internationalen Verpflichtungen.**

Was wir in der alten Bundesrepublik erreicht haben, werden wir auch in den neuen Bundesländern schaffen. Wir bieten den Menschen nach über 40 Jahren sozialistischer Zwangsherrschaft Perspektiven der Freiheit, des wachsenden Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit.

### **Haushalt der Einheit**

Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1991 gibt es nur noch einen Haushaltsplan. Die vorübergehende Unterscheidung in einen Abschnitt A und einen Abschnitt B — für das Beitrittsgebiet — ist aufgehoben. Auch das ist ein Zeichen der wachsenden Einheit, die sich in allen Bereichen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vollzieht.

Im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit mußte die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1991 auf das Frühjahr dieses Jahres verschoben werden.

Dadurch haben wir die Möglichkeit gewonnen, alle Ausgaben und Einnahmen, die mit dem Einigungsprozeß verbunden sind, im Bundeshaushalt zu berücksichtigen. Verzögert wurde durch diese Verschiebung nichts. Wo Mittel frühzeitig benötigt wurden, standen sie ausreichend bereit.

Die Verwirklichung der Deutschen Einheit ist eine parteiübergreifende Aufgabe. Selbstverständlich haben Regierung und Opposition auch in einer solchen Gemeinsamkeit unterschiedliche Rollen

### **Die Rolle der Opposition bei der Wiedervereinigung**

— so wie es die demokratischen Regeln vorsehen. Aber in der SPD hat es leider wenig Ansätze zu einer konstruktiven Rolle bei der Wiedervereinigung gegeben.

„Wir lagen neben dem Lebensgefühl in Ost und West. Wir waren nicht die Alternative, man traute uns nichts zu.“ Das sind die Worte von Anke Fuchs auf dem

**Aus der Rede des Bundesfinanzministers in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1991**

Bremer Parteitag der SPD am letzten Mittwoch. Diese richtige Erkenntnis gilt bis heute fort.

### **Vereinigung keine Frage der finanzpolitischen Machbarkeit**

Die Deutsche Einheit war und ist keine Frage der finanz- und haushaltspolitischen Machbarkeit. Um es ganz klar zu sagen: Wir hätten sie auch angestrebt, wenn sie uns im letzten Jahr statt 30 Milliarden DM 60 Milliarden DM und in

diesem Jahr statt 100 Milliarden DM 200 Milliarden DM gekostet hätte. Wir hätten bei den Einsparungen, Umschichtungen, bei der Kreditaufnahme und bei den Einnahmeverbesserungen noch weitergehen müssen, wenn es der einzige Wege gewesen wäre, 45 Jahre Teilung, 45 Jahre Unterdrückung, Not und menschliches Leid zu beenden. Die Freiheit hat ihren Preis.

## Finanzpolitische Stabilität ungefährdet

Tatsache ist aber: Die Wiedervereinigungsaufgabe hat das wirtschafts- und finanzpolitische Gleichgewicht unseres Staates zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Wir sind trotz der einmaligen, historischen Herausforderungen im Rahmen dessen geblieben, was in früheren Jahren bereits für gemeinschaftliche Aufgaben aufgebracht wurde.

Die Nettokreditaufnahme beläuft sich im Bundeshaushalt 1991 auf 66,4 Milliarden DM. Damit wird im Jahr nach der Deutschen Einheit ein geringerer Anteil der Bundesausgaben durch Kredite finanziert als zum Beispiel im Jahr 1975, als es um die vergleichsweise geringe Aufgabe der Bewältigung der ersten Ölpreiskrise ging.

Wichtig ist dabei noch folgender Unterschied:

● 1991 ist die Nettokreditaufnahme fast vollständig durch Investitionsausgaben von 65 Milliarden DM gedeckt. Was wir an Krediten aufnehmen, bleibt zu 98 Prozent in Form von Investitionen für den künftigen Steuerzahler erhalten. Wir erfüllen so fast die Bedingungen des Artikels 115 des Grundgesetzes, obwohl eine Inanspruchnahme der Sonderregelung für den Fall einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ wohl von jedem akzeptiert worden wäre.

● 1975 gingen demgegenüber 15 Prozent, 1981 sogar 20 Prozent der am Kreditmarkt aufgenommenen Mittel unmittelbar in den öffentlichen Konsum.

Im Jahr nach der Deutschen Einheit beläuft sich die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — unter Einschluß der jüngsten Steuerbeschlüsse — auf 23,3 Prozent. Demgegenüber waren es im Durchschnitt der 70er Jahre 24,1 Prozent. Die Steuerbelastung der Arbeitnehmer und Betriebe liegt so trotz der gewaltigen Herausforderungen durch die Deutsche Einheit um über 20 Milliarden DM unter derjenigen in den 70er Jahren.

Wir gleichen den Ausgabensprung für die Deutsche Einheit durch Einsparungen, Umschichtungen und Subventionsabbau mit einem Gesamtvolumen von 60 Milliarden DM zu mehr als 50 Prozent aus. Mit dem vorgesehenen Ausgabenanstieg von unter 2 Prozent im Planungszeitraum 1992 bis 1994 haben wir uns auch für die kommenden Jahre zu strikter Ausgaben- disziplin verpflichtet.

## Dauerhafte Stärkung der Finanzkraft der neuen Länder

Die Bundesregierung steht zu ihrer Mitverantwortung für die Finanzen in den neuen Bundesländern. Die Zuwendungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ gehen in den kommenden Jahren zurück. Auf der anderen Seite haben wir schon in den Koalitionsvereinbarungen festgelegt, die Finanzkraft der neuen Länder durch eine Umschichtung der Leistungen nach dem Strukturhilfegesetz weiter zu verbessern. Die Einzelheiten hierzu werden zur Zeit in einer Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern diskutiert.

Wir sind auch bereit, weitere Maßnahmen zu prüfen, um die finanzielle Situa-



tion der neuen Länder zu stabilisieren. Eine Entscheidung kann allerdings erst getroffen werden, wenn die Haushaltsentwicklung des Bundes und der neuen Länder für 1992 deutlicher erkennbar ist.

---

## **Trendwende kann erst in einigen Monaten sichtbar werden**

---

Die Opposition wirft uns — vor dem Hintergrund der noch ungünstigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten — Versagen in den neuen Bundesländern vor. Genausogut könnten wir einen Bauunternehmer anklagen, der wenige Monate nach der Baugenehmigung noch kein Richtfest bei seinem Hochhausprojekt feiern kann. Mit anderen Worten: Der Vorwurf ist schlicht absurd und nicht ernstzunehmen.

Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit im Beitrittsgebiet ließe sich nur auf einem Weg verhindern: Wir müßten einen absoluten Entlassungsstopp verfügen und ihn durch eine Vollsubventionierung aller Arbeitsplätze flankieren. Von der Staatswirtschaft zur staatlichen Totalbeschäftigungsgesellschaft nach den Vorstellungen der SPD — das kann doch nicht unser Weg zur Überwindung der sozialistischen Herrschaft sein.

Ein solches Programm würde uns rund 200 Milliarden DM im Jahr kosten. Was noch viel schwerer wiegt, es würde auf Dauer jedes Entstehen marktwirtschaftlicher Strukturen verhindern.

---

## **Sanierung und Privatisierung bei der Treuhandanstalt**

---

Wo allerdings die Sanierung von Betrieben sinnvoll und vertretbar ist, werden wir den Verlust von Arbeitsplätzen begrenzen. Sanieren und Privatisieren

sind zwei eigenständige Aufgaben der Treuhandanstalt.

Die Treuhandanstalt sucht bei ihrer schwierigen Arbeit die enge Kooperation mit allen Betroffenen. So wurde noch unter Detlev Karsten Rohwedder ein mit den Sozialpartnern abgestimmtes Konzept zur Bewältigung der Umstrukturierung im Treuhandbereich erarbeitet. Dort, wo der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar ist, will die Treuhandanstalt durch die Unterstützung bei der beruflichen Umschulung, durch Hilfe bei Existenzgründungen und andere Maßnahmen zum Ausgleich beitragen. Sozialpläne werden innerhalb bestimmter finanzieller Grenzen auch dann abgeschrieben, wenn in den zu schließenden Betrieben keine ausreichende Substanz mehr vorhanden ist.

Wir müssen eine Durststrecke überdauern, bis die privaten und öffentlichen Investitionen wirken, bis mehr neue Arbeitsplätze entstehen als alte vernichtet werden.

---

## **Erste Hoffungszeichen für das Beitrittsgebiet**

---

Dabei braucht man nur die Wirtschaftsseiten der Tageszeitung aufzuschlagen und die Firmenberichte zu lesen, um zu sehen, wie jeden Tag die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts planen bis 1992 über 40 Prozent der Großunternehmen Investitionen in den neuen Bundesländern. Dabei verlagern sich die Investitionsschwerpunkte zunehmend vom Vertrieb auf die Schaffung neuer Produktionsstätten.

Die Privatisierungsbilanz der Treuhandanstalt wird mit rund 200 Veräußerungen pro Monat immer länger. Bei inzwischen 1.600 Privatisierungen wurden Vereinba-

## Konjunktur weiter unter Volldampf

**Hohe Investitionen in den alten und vor allem den neuen Bundesländern halten die westdeutsche Konjunkturlokomotive auch im neunten Jahr seit der Übernahme der Regierungsverantwortung unter Dampf. Das westdeutsche Bruttosozialprodukt lag im ersten Quartal real um 4,2 Prozent höher als in den ersten drei Monaten des Jahres 1990.**

Die hohen Investitionen, die steigenden Einkommen und die starke Nachfrage lassen auf eine stabile ökonomische Verfassung schließen. Davon profitieren vor allem die neuen Bundesländer. Die Investitionsprogramme, insbesondere das Gemeinschaftswerk „Aufschwung-Ost“, beginnen jetzt zu greifen, so daß die wirtschaftliche Entwicklung auch in

den neuen Bundesländern an Fahrt gewinnt.

Von den Investitionen gehen gleichzeitig positive Effekte auf den Arbeitsmarkt aus. Allein die Investitionszusagen der Erwerber der von der Treuhandanstalt privatisierten 1.660 Unternehmen sichern etwa 400.000 Arbeitsplätze.

Seit September 1989 sind in den neuen Bundesländern etwa zwei Millionen neue Beschäftigungsverhältnisse, darunter 500.000 bis 600.000 für völlig neue Arbeitsplätze, eingegangen worden. Daneben gibt es intensive Bemühungen zum Ausbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der beruflichen Fortbildung. Bis Ende 1991 wird die Zahl der begonnenen Qualifizierungsmaßnahmen auf 550.000 anwachsen.

rungen über die Sicherung von 400.000 Arbeitsplätzen und 60 Milliarden DM an Investitionen getroffen.

Angesichts des massiven Engagements der deutschen Wirtschaft und der umfassenden öffentlichen Förderung und Unterstützung ist die wirtschaftliche Trendwende im Beitrittsgebiet nur eine Frage der Zeit. In der Periode des Übergangs bleibt niemand mit seinen finanziellen Sorgen und Problemen allein. Das soziale Netz ist gespannt. Nicht nur das Individuum, sondern auch die Nation als Ganzes wächst mit ihren Aufgaben. Schon der Nachfrageboom im letzten Jahr hat manche theoretische Vorstellung über die industriellen Kapazitäten in der ursprünglichen Bundesrepublik über den Haufen geworfen. Wenn wir den Aufschwung in den neuen Bundes-

ländern vorbereiten, wenn wir unsere internationale Rolle offensiv spielen, werden alle Deutschen auch wirtschaftlich davon profitieren.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört in diesem Jahr zu den ganz wenigen Industriestaaten, die nicht von schweren Rezessionserscheinungen betroffen sind. Auch das ist vor allem der Wiedervereinigung zu verdanken.

Es gibt keinen Anlaß über Belastungen aus der Wiedervereinigungsaufgabe zu klagen, wenn die Tariflöhne in diesem Jahr um mindestens 6 bis 7 Prozent zunehmen. Was wir an Solidarbeitrag im Bereich von Steuern und Abgaben einfordern müssen, wird durch die Lohn- und Gehaltsentwicklung vollständig ausgeglichen.

# Im Westen Beschäftigungsrekord – im Osten erste positive Anzeichen

In den alten Bundesländern ist aufgrund des kräftigen, soliden und nun schon neun Jahre anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs die Zahl der Beschäftigten im April gegenüber dem Vorjahr um 668 000 auf 28,942 Millionen gestiegen. Das ist absoluter Nachkriegsrekord. Seit dem Beschäftigungstiefstand im Februar 1983 wurden über 2,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Im Mai waren im Westen 1,603 Millionen Menschen arbeitslos, 48 300 weniger als im April. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 219 700; die Arbeitslosenquote sank binnen Jahresfrist von 6,2 auf 5,4 Prozent.

In den neuen Ländern befindet sich der Arbeitsmarkt nach wie vor in einer schwierigen Übergangsphase. Erste positive Anzeichen geben aber Anlaß zur

Hoffnung. Im vergangenen Monat ist die Zahl der Arbeitslosen nur noch um 5 300 auf jetzt 842 300 angestiegen. Die Arbeitslosenquote blieb konstant bei 9,5 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter ging sogar erstmals um 56 000 auf 1,963 Millionen zurück.

Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die aktive Arbeitsmarktpolitik der CDUgeführten Bundesregierung zurückzuführen; sie trägt zu einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern bei. Ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, berufliche Fortbildung und Altersübergangsgeld wäre in den neuen Bundesländern die Zahl der Arbeitslosen im Mai um 85 000 angewachsen. Rund 114 000 Arbeitnehmer gingen im Mai in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einer Beschäftigung nach; rund 70 000 haben mit einer beruflichen Weiterbildung begonnen. Die Zahlen zeigen: Die Arbeitsmarktpolitik der Regierung Helmut Kohls beginnt zu greifen. ■

## Treuhand gibt Info-Dienst für Vorstände und Betriebsräte heraus

Die für die Privatisierung der ehemaligen DDR-Betriebe zuständige Berliner Treuhandanstalt hat jetzt einen Informationsdienst für Aufsichtsräte, Geschäftsführer sowie Vorstände und Betriebsräte herausgegeben.

Die Broschüre erscheint monatlich und soll auch die Kommunikation

zwischen der Treuhand und den Betrieben verbessern.

Der Dienst erscheint in einer Auflage von 30 000 Exemplaren und enthält Informationen, die für die Arbeit der Betriebe von Bedeutung sind. Alle Unternehmen bekommen drei Exemplare des Dienstes — für den Aufsichtsratsvorsitzenden, für die Geschäftsleitung und den Betriebsrat.

# Fusion: Mittelstand in Ost und West sind jetzt eins

**Auf dem 36. Bundesmittelstandskongreß am 7. und 8. Juni in Berlin wurden die in den fünf neuen Bundesländern inzwischen bestehenden Mittelstandsvereinigungen in die Bundesmittelstandsvereinigung aufgenommen. Der Geraer Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Köhler wurde zu einem der Stellvertreter des wiedergewählten Bundesvorsitzenden, Senator Elmar Pieroth MDA, gewählt.**

„Mittelstand sichert Freiheit in Europa“ war das Motto des 36. Bundesmittelstandskongresses am 7. und 8. Juni in Berlin. Damit setzte die Vereinigung ein Signal, um deutlich zu machen, daß Selbständige im wirtschaftlichen Mittelstand durch die wirtschaftliche Freiheit sowohl die Demokratie sichern als auch für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Arbeitsplätze unverzichtbar sind.

Investitionen und Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft werden zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gebraucht. Soziale Marktwirtschaft bedarf der Vielfalt durch die mittelständische Wirtschaft, die im Wettbewerb für Wohlstand und soziale Sicherheit sorgt. Diese Mittelstandsphilosophie ist das Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft.

„Es gibt nur einen sicheren Weg für mehr und gut bezahlte Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. 500.000 Selbständige brauchen die Chance zur Existenzgründung. Sie schaffen in Kürze fünf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze“, rechnete der wiedergewählte Bundesvor-

sitzende, Senator Elmar Pieroth MDA, vor. Er forderte, die politischen Möglichkeiten auf diese Politik der Selbständigkeit zu konzentrieren. Schon haben die mittelständischen Unternehmen knapp 900.000 zusätzliche Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern geschaffen. In einigen Bereichen ist es bereits schwierig, Fachkräfte zu finden.

Bundesverkehrsminister Prof. Dr. Günther Krause hob ebenfalls die Bedeutung des Mittelstandes für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern hervor. Im Bereich der Verkehrsplanung will er die notwendige Verkehrsinfrastruktur beschleunigt durch 17 Pro-

**Mittelständische Unternehmen haben in den neuen Ländern ca. 900 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.**

jekte mit „äußerster Dringlichkeit“ schaffen. Dabei sollen sowohl die Verfahren beschleunigt als auch private Gesellschaften einbezogen werden. Damit fand der Bundesverkehrsminister große Zustimmung bei den rund 1.000 Delegierten und Teilnehmern. Da paßte es gut, daß er auf dem Kongreß sein Engagement für den Mittelstand durch den Beitritt in die Mittelstandsvereinigung unterstrich.

Damit sich der Aufschwung beschleunigen kann, muß die mittelständische Wirtschaft Investitionen vornehmen können. Diese sind die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze. Deshalb beschlossen die

600 Delegierten ihre Forderungen zur besseren steuerlichen Behandlung von Investitionen und Arbeitsplätzen. Vor allen Dingen müssen die kleinen und mittleren Unternehmen in der industriellen Produktion, die Selbständigen im Handwerk und im Handel und die Freien Berufe von solchen Steuerzahlungen entlastet werden, die auch dann anfallen, wenn keine Gewinne gemacht werden. Dazu gehören die Gewerbesteuer und die betriebliche Vermögensteuer. Die Mittelstandsvereinigung schlägt vor, bis zu einem Hebesatz von 250 die Gewerbesteuer auf die Einkommen-, Körperschafts- oder Umsatzsteuerschuld anzurechnen. Zur Entlastung der Kommunen soll der Bund auf seine 15prozentige Umlage aus der Gewerbesteuer verzichten. Bei der steuerlichen Berücksichtigung der Aufwendungen für die Altersvorsorge wollen die Unions-Mittelständler eine Gleichbehandlung mit den Arbeitnehmern. Auch dadurch würde sich die Finanzausstattung der wirtschaftlich Selbständigen verbessern.

Zur weiteren Ankurbelung von Investitionen in den neuen Bundesländern soll die Investitionszulage dort für mittelständische Unternehmen auf 20 Prozent erhöht werden (jetzt 12 Prozent). Dies ist solange notwendig, wie die Ost-Unternehmer noch nicht von den günstigen Abschreibungsregelungen profitieren können.

---

## Fehlende Infrastruktur

---

Die fehlende Infrastruktur im Verkehrsbereich, aber auch immer noch in der Telekommunikation, die Schwierigkeit, Grundstücke und Gewerberäume zu erhalten, sowie das alles überlagernde Problem der nicht oder schlecht funktionierenden Verwaltung — diese Probleme kamen immer wieder zur Sprache. Angehts dieser Schwierigkeiten bestand

wenig Neigung sich mit den weiteren Aspekten des zusammenwachsenden Europas zu beschäftigen, das Thema des vom Bundesvorstand vorbereiteten Berliner Manifestes war. Die Delegierten setzten es kurzerhand von der Tagesordnung ab.

Ein weiteres gewichtiges Diskussions-thema war die Frage, wie das Risiko der Pflegebedürftigkeit am besten abzusichern ist. Bereits den heutigen Umlagesystemen droht ab dem Jahr 2000 der finanzielle Kollaps. Eine Pflegeversicherung darf nicht den gleichen finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt sein. Weitere Angriffe auf bezahlbare Arbeit sind unter allen Umständen zu vermeiden. Die Ausgestaltung der Pflegeabsicherung entscheidet darüber, ob die Lohnzusatzkosten weiter erhöht werden mit den entsprechenden Folgen für die Arbeitsplätze durch weiteren Sog in die Schwarzarbeit. Das Blüm-Modell löst die Probleme für den einzelnen nicht, sondern verlagert lediglich die Kosten.

---

## 40 000 Mitglieder

---

Durch die Aufnahme der Verbände in den neuen Ländern mit inzwischen 3.000 Mitgliedern ist die Mittelstandsvereinigung auf rund 40.000 Mitglieder angewachsen. Neben dem Vorsitzenden Pieth und seinem Stellvertreter Köhler wurden Klaus Bregger (Baden-Württemberg), Hansjürgen Doss MdB (Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Richard Gürteler MdL (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU), Hansheinz Hauser (Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf) und Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Neuer Schatzmeister ist Dipl.-Vw. Dr. Friedrich Hassbach. ■

## Für eine menschengerechte Pflege im Alter

**Mit über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten namhafte Expertinnen und Experten beim gemeinsamen Fachkongreß der Frauen-Union und der Senioren-Union der CDU am 17. Mai 1991 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, wie die Pflege ausgestaltet werden muß, damit sie den Anforderungen von Pflegebedürftigen und Pflegenden tatsächlich entspricht.**

Senioren-Union und Frauen-Union hatten sich zur gemeinsamen Durchführung dieses Kongresses nicht zuletzt deshalb entschlossen, weil die Koalitionsvereinbarungen keine konkreten Aussagen zur Ausgestaltung der Pflegeversicherung machen. Die beiden Vereinigungen wollten die gerade von älteren Menschen und von Frauen dringend erwartete Diskussion führen, wie adäquate Lösungen für die Hauptbetroffenen aussehen sollen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sprach sich für die Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenversicherung aus. Damit bot er eine Lösung für das Problem Pflegebedürftigkeit an, die von Beginn an alle Betroffenen einbeziehe. Keine Bevölkerungsgruppe müßte aufgrund ihres Alters oder ihres besonderen Risikos von Leistungen ausgeschlossen werden. Nach seinen Vorstellungen soll die Pflegeversicherung zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanziert werden.

Norbert Blüm lehnte eine private Pflichtversicherung ab, da sie für diejenigen, die

jetzt schon pflegebedürftig sind, keine Leistungen erbringen kann. Die höheren Lohn-Zusatzkosten, die durch eine solche Versicherung entstehen, könnten durch eine solidarische Lohnpolitik zugunsten dieser neuen Aufgaben abgefangen werden. Im übrigen finanzierten Arbeitgeber mit der Gewerbesteuer auch jetzt schon die pflegebedingten Kosten der Sozialhilfe mit.

Mit der Rehabilitation bei Pflegebedürftigkeit beschäftigte sich die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch. Sie vertrat die Auffassung, daß Pflegebedürftigkeit nicht in jedem Fall eine lebenslange Beeinträchtigung

**Norbert Blüm: Höhere Lohnzusatzkosten könnten durch eine solidarische Lohnpolitik abgefangen werden.**

bedeuten müsse. Durch den Ausbau der Rehabilitation könne vielen Menschen geholfen werden. So verstandene Pflege beinhalte auch aktivierende Maßnahmen für die Betroffenen, damit körperliche und geistige Fähigkeiten erhalten blieben oder reaktiviert werden könnten. Ziel dieser Maßnahmen sei es, eine Rückkehr der pflegebedürftigen Menschen in ihr vertrautes Umfeld zu ermöglichen.

In drei Foren wurden Teilaspekte des Themas Pflegebedürftigkeit vertieft. Durch welche Hilfen und Maßnahmen kann Pflege zu Hause und bei ambulan-

## Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt

**Herzliche Einladung zum Umweltforum der CDU Deutschlands am 28. Juni 1991 im Congress-Center Magdeburg.**

**13 Uhr:** Eröffnung und Begrüßung durch Gerd Gies, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

**13.15 Uhr:** Umweltpolitik im geeinten Deutschland — Neue Chancen durch gemeinsames Handeln. Rede des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer.

**Anschließend:** Plenumsdiskussion, Bürger und Sachverständige im Gespräch mit: Bundesminister Klaus Töpfer, Staatssekretär Herbert Spindler, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Sachsen-Anhalt, und Ulrich Klinkert, umweltpolitischer

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**Moderation und Leitung:** Kurt-Dieter Grill MdL, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen

Auf dieser Veranstaltung wollen wir den offenen Dialog mit Vertretern von Umweltverbänden, Kirchen, Betrieben und Verwaltungen führen.

Anmeldung wird erbeten bei:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**

**Umweltreferat**

**Konrad-Adenauer-Haus**

**W-5300 Bonn 1**

**Tel. : (02 28) 5 44-5 31**

**Fax : (02 28) 5 44-2 16.**

Um 10 Uhr findet ebenfalls im Congress Center Magdeburg die 1. Umweltbeauftragten-Konferenz der CDU Deutschlands statt. Tagungsprogramme gibt es ebenfalls beim Umweltreferat.

ter Versorgung erleichtert werden? Welche Anforderungen stellen sich bei teilstationärer und stationärer Betreuung? Welche Lösungswege zur Absicherung bei Pflegebedürftigkeit durch eine Pflegeversicherung und begleitende Maßnahmen sind im Gespräch?

Eine wichtige Rolle in vielen Experten-Statements spielte die Verbesserung der Situation der Pflegepersonen. Rita Süßmuth, Bundesvorsitzende der Frauen-Union, forderte, daß die Leistungen der Pflegeversicherung auch zu einer Verbesserung der Hilfen und zu einer Absicherung der Pflegepersonen führen müßten: bei häuslicher Pflege durch Geld- und Sachleistungen für Pflegebedürftige, für Hilfen im Haushalt und für Schulungen,

die Pflegepersonen entlasten durch Übernahme pflegebedingter Kosten und durch soziale Absicherung derjenigen, die Angehörige oder Nachbarn zu Hause versorgen. Beiträge für die Rentenversicherung, die Unfallversicherung und die Krankenversicherung müßten übernommen werden.

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, forderte, daß die Pflegebedürftigen, soweit dies möglich und zumutbar sei, in der Familie oder in einer vertrauten Umgebung bleiben sollen. Deshalb habe die Hilfe zur häuslichen Pflege Vorrang vor der stationären Pflege. Die soziale Absicherung der pflegenden Personen müsse unbedingt gewährleistet sein. ■

# „Neuer Aufbruch“ der hessischen CDU

**Ein neues Kapitel in der Geschichte der CDU Hessen wurde am Samstag aufgeschlagen: Zum neuen Landesvorsitzenden der Hessen-Union und damit zum Nachfolger von Walter Wallmann wählten am 8. Juni die Delegierten eines außerordentlichen Landesparteitages in Frankfurt den Oppositionsführer im Hessischen Landtag, Manfred Kanther.**

Kanther, der die gesamte hessische CDU zu einem „neuen Aufbruch“ einlud, erhielt ein überzeugendes Abstimmungsergebnis: 340 Jastimmen, während 53 Delegierte mit Nein votierten. Zum gelungenen Stabwechsel in der Hessen-Union gehörte, daß die Satzung geändert und Walter Wallmann mit 308 gegen 65 Stimmen zum zweiten Ehrenvorsitzenden der CDU Hessen neben Alfred Dregger gewählt wurde. Der neue CDU-Landesvorsitzende rief die Parteimitglieder zum kämpferischen Mittun auf, plädierte für einen frischen Stil. Die CDU Hessen werde sich nicht mit dem zweiten Platz begnügen, sondern immer geistig in der Offensive sein und auf Sieg setzen.

Zugleich kündigte Kanther unter dem Beifall der Delegierten an, die Stimme der CDU Hessen werde in aller Freundschaft im Bund zu vernehmen sein, ohne daß dies einer Störung der Sonntagsruhe oder einer Majestätsbeleidigung gleichkomme.

In seiner kämpferischen Rede, in der es auch an nachdenklichen Passagen nicht fehlte, verlangte Kanther von der CDU, alle Verstaubtheiten müßten abgelegt werden. Der Zustrom zu den Parteien sei geringer geworden, es müsse um frische Kräfte geworben werden. Diese müßten nicht nur aus der Jugend nachwachsen. „Jung sein in der Politik ist ja nicht zuerst

eine Frage der Beine, sondern des Kopfes — aber frische Ideen und Kräfte brauchen wir ständig“, betonte Kanther.

Kanther stellte heraus, die CDU habe die Oppositionsrolle im Landtag vom Wahlabend an angenommen und der Regierung bereits massiv eingeheizt. „Herr Eichel kämpft mit 40.000 Stunden Unterrichtsausfall statt der angekündigten 3.000 neuen Lehrer, und die Streichung wichtigster Straßenbauprojekte muß unser Thema sein, bis Tausende von Pendlern wissen, daß sie zweimal täglich

**Stabwechsel beim CDU-Landesparteitag in Frankfurt: Manfred Kanther ist Nachfolger von Walter Wallmann.**

im Eichel-Stau stehen“, meinte Kanther. Wenn der neue Ministerpräsident der CDU die alte Kriegserklärung der Bildungs-Sozialisten noch einmal ins Haus schicke, dann werde die CDU die Wahlen auch nochmal mit diesem Thema gewinnen.

Der neue CDU-Landeschef betonte, die Probleme der letzten Monate seien nicht auf programmatische Defizite, sondern auf Fehler bei der Abhandlung bestimmter Fragen zurückzuführen. Demgegenüber halte er es in der Diskussion über die Alterspflegeversicherung für erforderlich, daß ein Bundesparteitag die programmatischen Antworten gebe: „Eine gerade eben parlamentarisch-mehrheitsfähige Finanzierungsformel reicht da nicht aus.“ Die Beachtung des Grundsatzes der Gerechtigkeit verlangte Manfred Kanther bei der aktuellen Steuerdiskus-



sion. „Unsere Politik darf nicht allein für den Steuerberater, sie muß für den Steuerzahler einsichtig sein“, betonte er. Er könne nur davor warnen, einerseits zu Recht höhere Lohn-, Einkommen- und Mineralölsteuern erheben und andererseits die Vermögensteuer bei Privatvermögen senken zu wollen. Überdies müsse jetzt steuerpolitische Klarheit für die laufende Legislaturperiode herbei.

In materieller Hinsicht, so Kanther, müsse das Aufbauwerk in Ostdeutschland in diesem Jahrzehnt Priorität haben. Im Westen müsse in dieser Zeit Maß gehalten werden. „Es wird manchem im Osten nicht schnell genug gehen, andere im Westen interessiert nur die eigene Tasche“, warnte der CDU-Landesvorsitzende in diesem Zusammenhang vor Neid und möglichen mannigfaltigen Ärgernissen. Aufgabe der CDU sei es, die deutsche Frage aber nicht nur staatsrechtlich zu lösen, sondern auch in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Kanther stellte mit Blick auf den „politischen Kitt der CDU“ heraus, daß damit die deutsche Einheit erreicht sei und der Sozialismus allenthalben zusammenbrechen. Eine neue große Herausforderung der CDU bestehe darin, den selbstverständlichen Geltungsanspruch Deutschlands in der Welt und Bescheidenheit in seiner Kundgabe ruhig, beständig und verlässlich politikfähig zu machen. „Allgemeine Sympathie und Anerkennung für das modernste Land der Erde“ müsse das Ziel heißen.

Der bisherige CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann meinte vor den Delegierten, es stelle sich die Frage, ob die Deutschen nicht begriffen hätten, welche unerhörte Chance die Wiedervereinigung bedeute und welche Möglichkeiten für ganz Europa damit verbunden seien. Die Union dürfe den historischen Auftrag, die Einheit auf allen Feldern zu voll-

den, nicht herunterreden lassen. Der frühere Ministerpräsident äußerte Sorge über die Mitgliederentwicklung und die Altersstruktur in der Partei: „Wir müssen die Jungen von der Notwendigkeit zum politischen Engagement überzeugen.“ Zum Abschied aus dem Amt als Landesvorsitzender dankte Wallmann für langjährige Loyalität und Kameradschaft, dafür, daß er sich über 30 Jahre auf allen Ebenen habe engagieren dürfen. Er wünsche sich, auch weiter in der Partei angenommen zu sein, wolle ihr mit Rat und Tat helfen, wenn dies gewünscht werde.

Stand: 1. 5. 1991

# Statut

Finanz- und  
Beitragsordnung  
Parteigerichtsordnung  
Geschäftsordnung  
Parteiengesetz



Das Parteistatut ist wieder auf den neuesten Stand gebracht: Bestellen Sie es in 4804 Vermold, Postfach 1328, Bestell-Nr. 3363, Verpackungseinheit: 20 Expl., Preis je Einheit: 28,— DM.

# Partnerschaft zwischen Schwerte und Stollberg: Nutzen für beide

**In einer Feierstunde im Schwerter Rathaus unterzeichneten die CDU-Stadtverbandsvorsitzenden aus Schwerte, Werner Kiesheyer, und der Erzgebirgsstadt Stollberg, Stephan Reber MdL, einen offiziellen Partnerschaftsvertrag zwischen den beiden CDU-Verbänden.**

Vor der Unterzeichnung der Vertragsurkunde hatten die 70 Delegierten des CDU-Stadtverbandsparteitages in der Ruhrstadt einstimmig beschlossen, daß zwischen den CDU-Gliederungen ein entsprechender Vertrag geschlossen werden sollte.

Seit über einem Jahr gibt es freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden CDU-Stadtverbänden. Schon mehrfach haben gegenseitige Besuche stattgefunden, die nun weiter intensiviert werden sollen.

---

## Unterbringung in den Familien vor Ort

---

Die achtköpfige Delegation aus dem Freistaat Sachsen unter Leitung des CDU-Landtagsabgeordneten Stephan Reber, die zur Vertragsunterzeichnung in die Ruhrstadt gekommen war, absolvierte ein umfangreiches Informations- und Besuchsprogramm. So standen Gespräche mit den Geschäftsführern der beiden Schwerter Krankenhäuser, dem Leiter des Arbeitsamtes und Amtsleitern im Rathaus auf dem Programm. Der Besuch des Schwerter Umweltmarktes und die Teilnahme am CDU-Stadtverbandsparteitag bildeten die Höhepunkte des viertägigen Besuches in Schwerte.

In der Partnerschaftsurkunde wurde festgelegt, daß bei den gegenseitigen Besu-

chen die Unterbringung in den Familien vor Ort Bedingung ist und daß durch eine Vielzahl von Aktivitäten diese Partnerschaft mit Leben gefüllt werden soll.

Bereits im Juli soll ein weiteres Seminar in Stollberg für Kommunalpolitiker, Verwaltungsleute und interessierte Parteimitglieder durchgeführt werden, das unter der bereits bewährten Leitung der beiden Schwerter CDU-Ratsmitglieder Erwin Ettl und Heinrich Böckelühr stehen wird.

Ausgangspunkt für die bereits seit einem Jahr bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden CDU-Verbänden und für die Parteipartnerschaft waren Kontakte der CDU-Stadtratsfraktion Schwerte zu den Parteifreunden in der Erzgebirgsstadt Stollberg. So führten CDU-Fraktionschef Erwin Ettl und sein Stellvertreter Heinrich Böckelühr, der auch Mitglied des JU-Bundesvorstandes ist, ein Wochenseminar mit über 100 Kommunalpolitikern, Bürgermeistern und Verwaltungsmitarbeitern aus dem Kreis Stollberg im Erzgebirge durch, um Grundlagen der Kommunalpolitik zu vermitteln.

---

## Die Kontakte sollen keine Einbahnstraße sein

---

„Unsere Kontakte sind und sollen aber keine Einbahnstraße sein“, versichert Schwertes CDU-Stadtverbandsvorsitzender Werner Kiesheyer. So war eine Gruppe der CDU-Stollberg beim Schwerter Weihnachtsmarkt dabei, um Schnitzkunst aus dem Erzgebirge zu verkaufen und auf diese Freizeitregion aufmerksam zu machen.

Die Schwerter CDU-Frauen veranstalteten einen Trödelmarkt, um mit dem Erlös ein Heim für behinderte Kinder in Gablenz, einer kleinen Gemeinde im Kreis Stollberg, zu unterstützen. Die 2.000 Mark Verkaufserlös wurden in große Lego-Steine, Malstifte und einen Diaprojektor für das Kinderheim umgesetzt, die von den Schwerter CDU-Frauen vor Ort übergeben wurden.

## Wie Schwerte die „Aktion Solidarität“ versteht

In einer weiteren Aktion sammelten die Schwerter CDU-Ortsunionen Bücher bei den Schwerter Bürgern, die nun in der Stadtbücherei Stollberg den Menschen zur Verfügung stehen. „Fast 4.000 Bücher, vom Roman über Lexika bis zu Fachbüchern haben wir in Stollberg über-

geben“, freut sich CDU-Ortsunionsvorsitzende Emmi Beck über den großen Erfolg dieser Sammelaktion der Schwerter CDU.

Und auch Schulklassen profitieren von den zahlreichen Aktivitäten. In Schülerseminaren werden Schwerter Schüler das Erzgebirge besuchen und Stollberger Schulklassen die neuen Länder kennenlernen.

„Die Aktion Solidarität der CDU verstehen wir so, daß es viele Begegnungen gibt und beide Seiten Nutzen haben“, beschreibt Werner Kiesheyer das Engagement der Schwerter Christdemokraten. Dem Abschluß des Partnerschaftsvertrages werden noch viele gegenseitige Besuche, Hilfen und Aktivitäten folgen, hat sich der CDU-Stadtverband Schwerte vorgenommen.



Freuen sich über die zukünftige Zusammenarbeit. Die Mitglieder der CDU-Stadtverbandsvorstände von Schwerte und Stollberg. (Bildmitte v. l. Stephan Reber MdL, Stollberg; 1. stellv. Bürgermeister Rudi Pohl, Schwerte; Werner Kiesheyer, Heinrich Böckelühr, Gaby Kordowski, Schwerte; Peter Bensmann MdL, Unna)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Neu für Ihre Veranstaltungen

Überall dort, wo die normale Lautstärke der menschlichen Stimme nicht ausreicht, muß über Lautsprecher verstärkt werden; der Redner muß ins „Mikro“ sprechen.

Fast für alle Mikrofone geeignet (Korbdurchmesser von 30 bis 50 mm), bieten wir Ihnen heute einen sogenannten **Nahbesprechungs- und Windschutz** an, der lästige Windgeräusche dämpft und oben drein mit dem CDU-Zeichen auf frischem Rot weithin sichtbar ist.

**Preis pro Stück: 25,— DM**  
inklusive Mehrwertsteuer.

Da wir dieses Zusatzteil nur auf Nachfrage hin produzieren lassen wollen, bitten wir Sie, uns Ihren Wunsch auf dem nebenstehenden Coupon bis zum 15. Juli mitzuteilen.

An die  
**CDU-Bundesgeschäftsstelle**  
**Abt. Öffentlichkeitsarbeit**  
**Konrad-Adenauer-Haus**  
**5300 Bonn 1**



Ja, ich bestelle zum Stückpreis von  
25,— DM

**Mikrofon-Windschutz**

Absender: \_\_\_\_\_

# UID

19/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.